

Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension: Teil II: Die Beschlüsse von Helsinki und Brüssel

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (1999). *Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension: Teil II: Die Beschlüsse von Helsinki und Brüssel*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 63/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48364>

Nutzungsbedingungen:

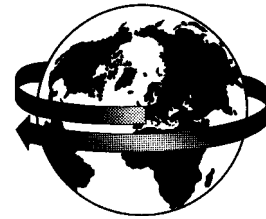
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 63/1999

23. Dezember 1999

Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension

Teil II: Die Beschlüsse von Helsinki und Brüssel

Zusammenfassung

Die Beschlüsse des EU-Gipfels von Helsinki zeigten, daß die drei neuen NATO-Mitglieder – Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – ihren Wunsch nach einer *effektiven* Mitsprache bei der Ausgestaltung der künftigen europäischen Verteidigungspolitik nur ansatzweise realisieren konnten. Immerhin wurde auf dem Mitte Dezember abgehaltenen Treffen der NATO-Außenminister deutlich, daß sich der Nordatlantikpakt für eine Einbeziehung der außerhalb der EU stehenden NATO-Länder einsetzt. Indes wird auch das Eintreten der NATO für eine frühzeitige sicherheitspolitische Einbindung von Nichtmitgliedern der EU in Europas Verteidigungsplanungen durch die Politik der "europäischen" NATO-Staaten gebremst. Ob (vornehmlich polnische) Vorbehalte gegenüber Europas militärischer und verteidigungspolitischer Dimension abgebaut werden können, wird vor allem von den in den nächsten Monaten zu treffenden Konkretisierungen der avisierten institutionellen Kooperations- und Konsultationsmechanismen des künftigen sicherheitspolitischen Gerüsts der EU abhängen.

Die Beschlüsse von Helsinki und die neuen NATO-Mitglieder

Die Beschlüsse des Europäischen Ratstreffens von Helsinki zur europäischen Verteidigungspolitik zeigen, daß die Befürchtungen der NATO-Neuankömmlinge nicht unbegründet waren.¹ Zwar wurde denjenigen NATO-Mitgliedern, die Nichtmitglieder der EU sind (neben Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn auch die Türkei, Norwegen und Island), die Möglichkeit gegeben, sich *automatisch* an militärischen Aktionen der EU zu beteiligen, sofern diese auf NATO-Mittel rekurriert, und sich – ebenso wie EU-Aspiranten, die noch vor den Toren des Nordatlantikpaktes stehen – *auf Beschluß des EU-Ministerrats* in selbständigen EU-Aktionen (ohne Einsatz von NATO-Mitteln) zu engagieren. Gleichzeitig einigte man sich darauf, "geeignete Strukturen für den Dialog und die Information über sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen und Fragen der Krisenbewältigung" für diese Staaten zu schaffen. Obwohl den nicht der EU angehörenden NATO-Mitgliedern "Grundsätze der Zusammenarbeit" bei militärischen Krisenbewältigungsaktionen, die in der Regie der EU stehen werden, in Aussicht gestellt wurden, bleibt die "Beschlußfassungsautonomie" der EU hiervon unberührt.

¹ Helsinki Europäischer Rat: Schlußfolgerungen des Vorsitzes. <http://ue.eu.int/newsroom>

Damit gelang es den außerhalb der EU stehenden NATO-Mitgliedern nicht, sich ein formatives Mitspracherecht zu sichern, das eine vollberechtigte Teilnahme am europäischen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß einschließlich eines Vetorechts umfaßt. Selbst über die ohnehin vagen Konsultations- und Kooperationszusagen wurden keine genauen Aussagen getroffen. Damit wurde in Helsinki bestätigt, daß lediglich die Mitgliedschaft in der EU eine verlässliche Gewähr für die Mitgestaltung der europäischen Verteidigungspolitik ist. Da die Staats- und Regierungschefs der Union gleichzeitig den Zeithorizont für die Osterweiterung der EU entgegen den Erwartungen der ostmitteleuropäischen Beitrittsaspiranten bis 2004/2005 ausdehnten, rückten selbst die über die künftige EU-Mitgliedschaft verbrieften sicherheitspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten abermals in die Ferne.

Die NATO-Neulinge und Europas Sicherheitspolitik – Gemeinsames und Trennendes

Polen, die Tschechische Republik und Ungarn weisen trotz aller nationalen Spezifika eine Reihe von sicherheitspolitischen *Gemeinsamkeiten* auf. *In toto* sind die Positionen sowohl mit den von der amerikanischen Außenministerin Albright ("3D" – no duplication, no decoupling, no discrimination) als auch mit den unlängst von NATO-Generalsekretär Robertson ("3I" – improvement, inclusiveness, indivisibility)² formulierten Leitprinzipien für die Ausformung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESDI) kompatibel.

Alle drei Länder befürworten die Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Komponente Europas einschließlich der Schaffung europäischer Krisenreaktionskräfte. Alle drei Länder sind willens, aktiv an den Strukturen und Aufgaben einer künftigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzuwirken. Dieser Umstand korrespondiert mit dem Bestreben, der Europäischen Union beizutreten und damit auch deren außen- und sicherheitspolitisches Regelwerk vorbehaltlos zu übernehmen. Alle drei Länder fordern dabei eine möglichst frühe, umfassende und effektive Einbeziehung in die im Entstehen begriffenen sicherheitspolitischen Strukturen Europas. Alle drei Länder setzen sich im Grundsatz für ein Modell der europäischen Sicherheit ein, das – frei von Ambivalenzen bezüglich der amerikanisch-europäischen Beziehungen – das bisherige Maß an transatlantischer Kohärenz und Komplementarität sowie an US-amerikanischer Präsenz in Europa aufrechterhält.³

Im Zusammenhang mit dem zuletzt genannten Aspekt sind indes substantielle *Differenzen* zwischen dem polnischen Standpunkt einerseits und der tschechischen und ungarischen Auffassung andererseits auszumachen. Polens Außenpolitik reagiert weiter äußerst sensibel auf die Tendenzen zu einer gestärkten und autonomen europäischen Sicherheitspolitik, da sie die Aufweichung des transatlantischen Nexus befürchtet. In Anbetracht der geopolitischen Situierung des Landes und der Realitäten in Ostmittel- und Osteuropa wird davon ausgegangen, daß die Beibehaltung des jetzigen amerikanischen Engagements auf dem europäischen Kontinent die internationale Position Polens stärkt. Daher sei es wichtig, amerikanischen "Isolationismus" und europäischen "Separatismus" zu vermeiden.⁴ Besonders alarmierend muß auf Warschau in diesem Kontext die Haltung *Rußlands* gegenüber einer aufgewerteten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirken, zumal militärische Beobachter in Moskau darauf setzen, über die europäische Verteidigungsidentität einen "Keil zwischen die EU und die USA zu treiben" und auf dem Wege der engeren Kooperation mit der

² Opening Statement by NATO Secretary General, Lord Robertson, <http://www.nato.int>

³ Diese Auffassung teilen im Prinzip auch die ost- und mitteleuropäischen Länder, die bislang der NATO noch nicht angehören und in der WEU den Status assoziierter Partner aufweisen. Den gemeinsamen Standpunkt dieser Ländergruppe präsentierte der slowenische Außenminister Frlec auf dem WEU-Ministertreffen in Luxemburg. <http://www.weu.int/eng/index.html>. Poenotena varnost, Dnevnik 24.11.1999 (elektr. Version). Zum slowakischen Standpunkt: Kanis: Bezpečnosť je nedeliteľná, Národná obroda 24.11.1999. Rede des slowakischen Außenministers Kukan auf dem WEU-Ministertreffen in Luxemburg, <http://www.weu.int/eng/index.html>

⁴ Jarosław Gryz: Współpraca Polski z Unią Europejską. in: Stanisław Parzymies/Irena Popiuk-Rysińska (Hrsg.): Polska w organizacjach międzynarodowych. Warszawa 1998, S. 219-234, hier S. 232.

EU neue Möglichkeiten der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten Ostmittel- und Osteuropas zu finden.⁵

Signifikant geringer ausgeprägt sind vergleichbare Vorbehalte in der Tschechischen Republik und in Ungarn. Charakteristisch hierfür ist ein tschechisches Argument, das – ähnlich wie in der polnischen Perspektive – die Anwesenheit der USA auf dem europäischen Kontinent als eines der Hauptmotive für die Bemühungen um eine tschechische NATO-Mitgliedschaft ansieht, das aber daraus den Schluß zieht, Europa müsse auch in der Sicherheitspolitik mehr Verantwortung auf sich nehmen, um Amerika ein "würdiger Partner" zu sein.⁶

Unterschiede lassen sich auch hinsichtlich der Beurteilung *regionalpolitischer* Chancen einer europäischen Verteidigungspolitik feststellen. Während Ungarn von profilierten europäischen Sicherheitsanstrengungen einen Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas erhofft, überwiegen in Polen auch hier skeptische Töne. So wurde darauf hingewiesen, daß eine Verschmelzung von EU und WEU die Integration der *baltischen Staaten* in die EU erschweren könnte.⁷

Nicht von ungefähr kann man gerade in der Tschechischen Republik mit ihrem traditionell entwickelten Rüstungssektor einer infolge der Akzentuierung der europäischen Verteidigungsdimension möglicherweise vertieften europäischen *Rüstungskooperation* Positives abgewinnen. So konnte der tschechische Verteidigungsminister Vetchý am Rande der Zusammenkunft der WEU-Außen- und Verteidigungsminister Ende November unverhohlen seine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß die Westeuropäische Rüstungsgruppe WEAG positiv auf den Beitrittsantrag von der Moldau reagierte und Prag eine baldige Entscheidung hierüber in Aussicht stellte.⁸

Der EU-Gipfel von Helsinki initiierte die Schaffung der Grundlagen für eine künftige europäische Verteidigungspolitik. Er konnte und wollte damit weder ausdifferenzierte noch abschließende Regelungen hinsichtlich der Gestalt der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension treffen. Für die ostmitteleuropäischen Neumitglieder der NATO besteht somit die Möglichkeit, ihre Positionen in den kommenden Monaten einzubringen und – nicht zuletzt unter Rekurs auf die USA – Einfluß auf die Formen ihrer Inklusion in die Entscheidungsstrukturen auszuüben.

Die Herbsttagung der NATO-Außenminister

Daß durchaus Chancen für eine gesteigerte Berücksichtigung von Ländern wie Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn bestehen, zeigte sich auf dem Herbsttreffen der NATO-Außenminister in Brüssel (15./16.12.1999). Dessen Abschlußkommuniqué enthielt nicht zuletzt auf Drängen der USA einen Aufruf an die EU, ihre Pläne zu konkretisieren.⁹ Gleichwohl ist das von den NATO-Außenministern beschlossene Dokument zurückhaltend und allgemein formuliert. Dies gilt sowohl für die Verzahnung zwischen NATO und EU als auch für die Konsultationsmechanismen der europäischen Bündnispartner, die nicht der EU angehören. So wurde keine "harte" Forderung nach einem vorhergehenden Einverständnis der NATO bei ausschließlich europäischen Operationen erhoben, sondern nur zum Ausdruck gebracht, man stimme mit der Absicht der EU überein, "geeignete Modalitäten für eine enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen den beiden

⁵ Čto ždet Evropu v XXI veke? Voennye perspektivy evropejskogo sojuza, Krasnaja zvezda 5.3.1999, (elektr. Version). Dve strategii na odno stoletie, Novye izvestija 26.10.1999 (elektr. Version).

⁶ Petr Luňák: Transatlantický rozměr české zahraniční politiky, in: Václav Kotyk (Hrsg.): Česká zahraniční politika. Úvahy o prioritách. Praha 1997, S. 205-213. S. 211f.

⁷ Wojciech Flera: Ewolucja Unii Zachodnioeuropejskiej, in: Jacek Czaputowicz (Hrsg.): Integracja europejska. Implikacje dla Polski. Kraków 1999, S. 375-404, Fn. 9, S. 394.

⁸ <http://www.weu.int/eng/index.html>. Allerdings müssen die Aussichten eines tschechischen Engagements auf dem europäischen Rüstungsmarkt von vornherein relativiert werden, da der Flugzeugbauer Aero Vodochody, eines der Filetstücke der tschechischen Rüstungsindustrie, mit dem Konsortium Boeing Česká, das Eigner von rund 35% der Aero-Aktien ist, einem Investor mit amerikanischem Hintergrund die Tore aufstieß.

⁹ Final Communiqué. Ministerial Meeting of the North Atlantic Council held at NATO Headquarters, Brussels, on 15 December 1999, <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-166e.htm>

Organisationen" zu entwickeln. Allerdings ist zu beachten, daß logischerweise im Rahmen von europäischen Operationen, bei denen auf NATO-Mittel zurückgegriffen wird, sämtliche NATO-Staaten, also auch die Nicht-EU-Mitglieder, ein volles Mitbestimmungsrecht besitzen.

Mit Blick auf die Einbeziehung der NATO-Länder, die außerhalb der EU stehen, wurden lediglich wenig konkret "zufriedenstellende Lösungen" für alle Verbündeten angemahnt. Diese sollen die "erforderliche Einbeziehung" der europäischen NATO-Partner, die nicht EU-Mitglied sind, ermöglichen. Insgesamt machte sich bemerkbar, daß im Vorfeld und während der Zusammenkunft der NATO-Außenminister die Positionen der USA, denen an einer Unterordnung der europäischen Streitkräfte unter die NATO gelegen war, und der "eurozentristischen" Länder, die – in der Diktion des französischen Außenministers Vedrine – dafür optierten, in Fragen der europäischen Verteidigung lediglich auf Gipfeltreffen der EU zu reden,¹⁰ in klarem Gegensatz zueinander standen. Mithin war die Annahme eines "geglätteten" Papiers geradezu vorprogrammiert.

Entsprechend unterschiedlich fielen denn auch die Reaktionen auf die Ergebnisse der Brüsseler Zusammenkunft aus. Vollauf zufrieden gab sich der tschechische Außenminister Kavan, die angenommenen Beschlüsse gehen "genau in die Richtung, die wir uns wünschten."¹¹ Sein ungarischer Amtskollege war noch positiver gestimmt und nannte im Rückblick die Ergebnisse von Helsinki einen für Ungarn "befriedigenden, vernünftigen und annehmbaren Kompromiß".¹² Demgegenüber blieb Bronisław Geremek, der polnische Außenminister, weiterhin kritisch, da die Beschlüsse von Helsinki "Polen nicht zufriedenstellten". Immerhin habe keiner der in Brüssel versammelten Außenminister der NATO-Länder gegen die Position Polens opponiert. Polen sei bereit, sich immer dann an Operationen der Krisenreaktionskräfte zu beteiligen, wenn es eine Möglichkeit besitze, über deren Einsatz mitzuentcheiden. Geremek unterstrich (in dieser Frage übrigens im Einklang mit seinem ungarischen Kollegen), Polen dürfe im Rahmen der künftigen europäischen Verteidigungspolitik nicht weniger Rechte besitzen, als dies aus dem gegenwärtigen Status eines assoziierten Partners in der WEU resultiere.¹³

Resümee

Der bisherige Verlauf der Debatte um die europäische Verteidigungspolitik ist ein Vorgeschmack auf Interessendivergenzen in einer größeren Europäischen Union. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA prallten diplomatisch gedämpft, doch in der Substanz ungewohnt scharf die "atlantische Vision" Polens und der "europäische Standpunkt" Frankreichs aufeinander. Von französischer Seite wurde mit Blick auf Warschau wieder das böse Wort vom "trojanischen Pferd Amerikas in Europa" ins Spiel gebracht. Für ein Land wie *Deutschland*, das in dieser Frage nicht nur geographisch, sondern auch politisch zwischen seinem wichtigsten westlichen und östlichen Nachbarn liegt, ergibt sich hier die Möglichkeit wie auch die Verpflichtung, zur Harmonisierung beider Positionen in einem europäischen Kontext beizutragen. Dazu kann auch die bewährte Kooperation im Weimarer Dreieck dienlich sein. Daß es auch an der Weichsel Strömungen gibt, die offen für einen von vornherein im europäischen Einvernehmen gewählten sicherheitspolitischen Kurs eintreten, zeigt die – sicherlich zum außenpolitischen *mainstream* gehörende, doch von einem profilierten polnischen Politiker und Publizisten vertretene – Meinung, Polen mache sich mit seinem beispiellosen Proamerikanismus lächerlich und setze sich dem Unmut seiner europäischen Verbündeten aus, wenn "die polnische Stimme für einen Verbleib der Amerikaner in Europa ... nicht im gemeinsamen europäischen Chor" zu hören sein werde.¹⁴

¹⁰ Spotkanie bez ministrów, Rzeczpospolita 16.12.1999.

¹¹ NATO chce najít "uspokojivé zapojení" pro ČR, ČTK 15.12.1999.

¹² Martonyi szerint a NATO egysége a legfontosabb, MTI 15.12.1999, <http://www.mti.hu>

¹³ Geremek: NATO podziela nasze stanowisko nt. konsultacji z UE, PAP 15.12.1999.

¹⁴ Zdzisław Najder: Problemy naszych sojuszników, Tygodnik Solidarność Nr. 47, 19.11.1999. In eine ähnliche Richtung zielt auch der Appell von Krzysztof Rak: "Unser Weg in die Salone der euroatlantischen Politik führt durch Westeuropa, durch die Strukturen der Europäischen Union. Wir haben nicht die Kraft zu einem direkten Sprung über den Atlantik." Krzysztof Rak: Nie skakać przez Atlantyk!, Życie 7.12.1999.

Gleichzeitig könnte sich auch für die *tschechische* Außenpolitik die Möglichkeit bieten, sich auf sicherheitspolitischem Gebiet konstruktiv einzubringen. Nachdem man sich an der Moldau während des Kosovo-Konflikts mit der tschechisch-griechischen Friedensinitiative auf eine besondere Art Profil verschafft hatte (und dabei nicht zuletzt in Warschau erheblichen Argwohn ausgelöst hatte), wäre nun für den Prager europa- und sicherheitspolitischen Pragmatismus, in dessen Optik die Auseinandersetzungen um Europas Verteidigungspolitik "überdimensioniert" erscheinen, gerade vor dem Hintergrund einer revitalisierten ostmitteleuropäischen Regionalkooperation eine aktivere Rolle vorstellbar.

Kai-Olaf Lang

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071